

Berliner Schriftenreihe zum Steuer- und Wirtschaftsrecht

Band 32

Justus Rind

**"Veräußerungsprivileg" und pauschales
Betriebsausgabenabzugsverbot gem. § 8b KStG**

Eine verfassungsrechtliche Analyse
vor dem Hintergrund der
wirtschaftlichen Mehrfachbelastung
körperschaftsteuerlicher Gewinne

D 6 (Diss. Universität Münster (Westfalen))

Shaker Verlag
Aachen 2007

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Münster (Westfalen), Univ., Diss. der Rechtswissenschaftlichen Fakultät, 2007

Erster Berichterstatter:	Prof. Dr. Dieter Birk
Zweiter Berichterstatter:	Prof. Dr. Heinrich Weber-Grellet
Dekan:	Prof. Dr. Reiner Schulze
Tag der mündlichen Prüfung:	19. Juni 2007

Copyright Shaker Verlag 2007

Alle Rechte, auch das des auszugsweisen Nachdruckes, der auszugsweisen oder vollständigen Wiedergabe, der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen und der Übersetzung, vorbehalten.

Printed in Germany.

ISBN 978-3-8322-6459-8

ISSN 1619-8093

Shaker Verlag GmbH • Postfach 101818 • 52018 Aachen

Telefon: 02407 / 95 96 - 0 • Telefax: 02407 / 95 96 - 9

Internet: www.shaker.de • E-Mail: info@shaker.de

Meiner Familie

Vorwort

Die Arbeit beschäftigt sich mit der für das Körperschaftsteuerrecht zentralen Vorschrift des § 8b KStG. Seit ihrer Neufassung durch das StSenkG ist insbesondere die in Abs. 2 geregelte Steuerbefreiung für Veräußerungsgewinne nicht nur rechtspolitisch, sondern auch verfassungsrechtlich umstritten. Die dazu vornehmlich in der Literatur aufgekommene Kritik soll im Folgenden aufgegriffen und erörtert werden.

Die Norm des § 8b KStG wurde in der Folge mehrfach geändert, von Bedeutung für die Veräußerungsgewinnbesteuerung war dabei vor allen Dingen die Einführung der Fiktion nichtabziehbarer Betriebsausgaben in § 8b Abs. 3 KStG. Einen Schwerpunkt dieser Arbeit stellt daher ebenso die Einordnung dieser Normierung und ihre verfassungsrechtliche Bewertung – auch vor dem Hintergrund des Zusammenspiels von Steuerbefreiung und Nichtabziehbarkeit von Gewinnminderungen – dar.

Die nachfolgenden Ausführungen sind im Kontext des Systems des Halbeinkünfteverfahrens zu sehen. Wesentliche Aussagen sind allerdings verallgemeinerungswürdig und beanspruchen somit auch Geltung für das im Gesetzgebungsverfahren befindliche Körperschaftsteuerrecht nach der Unternehmensteuerreform 2008, in welchem die Steuerbefreiung voraussichtlich beibehalten wird.

Diese Arbeit wurde von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität im SS 2007 als Dissertation angenommen. Literatur und Rechtsprechung konnten bis Ende Februar 2007 berücksichtigt werden. Mein besonderer Dank gilt Prof. Dr. Dieter Birk, der das Promotionsvorhaben betreut hat. Prof. Dr. Heinrich Weber-Grellet danke ich für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Berlin, im Juni 2007

Justus Rind

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis.....	III
Abkürzungsverzeichnis.....	IX
<u>Teil 1: Einleitung</u>	1
A. Problemstellung.....	1
B. Wirtschaftliche Mehrfachbelastung der Gewinne auf Ebene der Körperschaft und deren Anteilseigner als Grundproblem der Körperschaftsbesteuerung.....	4
C. Entwicklungen bei der Besteuerung von Veräußerungsgewinnen vor dem Hintergrund der Doppelbelastung.....	7
I. Veräußerungsgewinnbesteuerung vor Einführung des § 8b KStG.....	7
II. Veräußerungsgewinnbesteuerung durch § 8b Abs. 2 KStG.....	12
<u>Teil 2: Systematik und Auslegungsfragen im geltenden Recht</u>	21
A. Tatbestand des § 8b Abs. 2 KStG.....	21
I. Begünstigte Körperschaftsteuersubjekte.....	22
II. Begünstigte Gewinne.....	23
B. Rechtsfolge.....	47
I. Rechtliche Folgen des Abs. 2.....	48
II. Wirtschaftliche Auswirkungen des Betriebsausgabenabzugsverbots nach Abs. 3 S.1.....	52
<u>Teil 3: Vereinbarkeit der Steuerbefreiung mit Verfassungsrecht am Maßstab des Art. 3</u>	
<u>Abs. 1 GG</u>	57
A. Vorüberlegungen.....	58
I. Anwendbarkeit des Leistungsfähigkeitsprinzips.....	58
II. Rechtsformneutralität als Verfassungsgebot?.....	65
III. Zwischenergebnis.....	72

B. Allgemeiner Gleichheitssatz bei der Besteuerung innerhalb des Körperschaftsteuersystems.....	73
I. Ungleichbehandlung von wesentlich Gleichem.....	73
II. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung.....	82
III. Zwischenergebnis.....	106
C. Allgemeiner Gleichheitssatz bei der Veräußerungsgewinnbesteuerung von Einkommensteuersubjekten.....	107
I. Ungleichbehandlung von wesentlich Gleichem?.....	107
II. Ergebnis.....	119

Teil 4: Verfassungsrechtliche Bewertung der Nichtabziehbarkeit von pauschalen

<u>Betriebsausgaben gem. § 8b Abs. 3 Satz 1 KStG.....</u>	121
A. Dogmatische Einordnung der „Pauschalierung“.....	121
I. § 8b Abs. 3 Satz 1 KStG als Abgeltung vormals nichtabziehbarer Betriebsausgaben?.....	122
II. Auswirkungen auf anzulegenden Maßstab der Verfassungsmäßigkeitsprüfung... ..	132
III. Mehrfachbelastung als Folge der Anordnung einer Steuerpflicht.....	134
B. Vereinbarkeit der Mehrfachbelastung mit Verfassungsrecht.....	139
I. Art. 3 Abs. 1 GG.....	142
II. Freiheitsgrundrechte als Grenze der Besteuerung.....	165
C. § 8b Abs. 3 Satz 1 KStG und Verbot der Berücksichtigung von Gewinnminderungen.....	189
I. Verfassungsrechtliche Überprüfung des § 8b Abs. 3 Satz 3 KStG am Maßstab des Art. 3 Abs. 1 GG.....	190
II. Auswirkungen der Verfassungswidrigkeit des § 8b Abs. 3 Satz 3 KStG auf Anwendungsfälle des § 8b Abs. 3 Satz 1 KStG.....	203

Teil 5: Fazit und Ausblick..... **213**

Literaturverzeichnis.....	217
---------------------------	-----

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsübersicht.....	I
Abkürzungsverzeichnis.....	IX
<u>Teil 1: Einleitung</u>	1
A. Problemstellung.....	1
B. Wirtschaftliche Mehrfachbelastung der Gewinne auf Ebene der Körperschaft und deren Anteilseigner als Grundproblem der Körperschaftsbesteuerung.....	4
C. Entwicklungen bei der Besteuerung von Veräußerungsgewinnen vor dem Hintergrund der Doppelbelastung.....	7
I. Veräußerungsgewinnbesteuerung vor Einführung des § 8b KStG.....	7
1. Ertragsteuerliche Behandlung vor Geltung des Anrechnungsverfahrens.....	7
2. Veräußerungsgewinne im Anrechnungsverfahren.....	9
II. Veräußerungsgewinnbesteuerung durch § 8b Abs. 2 KStG.....	12
1. „Veräußerungsprivileg“ im Anrechnungsverfahren: § 8b KStG i.d.F. des StandOG	12
2. Steuerbefreiung im Halbeinkünfteverfahren.....	16
<u>Teil 2: Systematik und Auslegungsfragen im geltenden Recht</u>	21
A. Tatbestand des § 8b Abs. 2 KStG.....	21
I. Begünstigte Körperschaftsteuersubjekte.....	22
II. Begünstigte Gewinne.....	23
1. Gesetzlich normierter Realisierungstatbestand: Gewinne aus Anteilsveräußerungen	23
a. Veräußerung.....	25
b. Anteile im Sinne des Tatbestandes.....	29
aa. Begriffsbestimmung.....	29
bb. Sonderfälle: eigene Anteile und Anteile an einer Organgesellschaft.....	32
c. Definition des Veräußerungsgewinns.....	35
aa. Teleologische Reduktion bei nicht steuerwirksamen Teilwertabschreibungen?	37
bb. Organschaftliche Ausgleichsposten.....	39

2. Nicht normierte Realisierungstatbestände am Beispiel der verdeckten Gewinnausschüttung bei Unterprieverkäufen.....	42
a. Unmittelbare Anwendung des § 8b Abs. 2 Satz 1 KStG?.....	44
b. Analoge Anwendung des § 8b Abs. 2 KStG.....	45
B. Rechtsfolge.....	47
I. Rechtliche Folgen des Abs. 2.....	48
1. Erfassung der Veräußerungsgewinne in der Handels- und Steuerbilanz.....	48
2. Stufe der Ermittlung des zu versteuernden Einkommens.....	50
II. Wirtschaftliche Auswirkungen des Betriebsausgabenabzugsverbots nach Abs. 3	
S.1.....	52
1. Grundsätzliches.....	52
2. Ausnahmen von der Anwendung des pauschalen Betriebsausgabenabzugsverbots	53
a. Beschränkungen des persönlichen Anwendungsbereichs.....	53
b. Anwendbarkeit bei steuerpflichtigen Veräußerungen gem. § 8b Abs. 4 KStG?	55

Teil 3: Vereinbarkeit der Steuerbefreiung mit Verfassungsrecht am Maßstab des Art. 3

<u>Abs. 1 GG</u>	57
A. Vorüberlegungen.....	58
I. Anwendbarkeit des Leistungsfähigkeitsprinzips.....	58
1. Leistungsfähigkeitsprinzip im Körperschaftsteuerrecht.....	59
2. Leistungsfähigkeitsprinzip als Maßstab für § 8b Abs. 2 KStG: Fiskalzweck- oder Lenkungsnorm?.....	61
II. Rechtsformneutralität als Verfassungsgebot?.....	65
1. Vorgaben des allgemeinen Gleichheitssatzes.....	66
2. Übertragbarkeit der Rechtsprechung des BVerfG zu den indirekten Steuern?....	69
III. Zwischenergebnis.....	72
B. Allgemeiner Gleichheitssatz bei der Besteuerung innerhalb des Körperschaftsteuer- systems.....	73
I. Ungleichbehandlung von wesentlich Gleichem.....	73
1. Beeinträchtigung des Leistungsfähigkeitsprinzips.....	74
2. Beeinträchtigung des Subjektsteuerprinzips?.....	78
a. Herleitung und Inhalt des Subjektsteuerprinzips.....	78

b. Fehlender Verstoß durch § 8b Abs. 2 KStG.....	79
II. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung.....	82
1. Spätere Realisierung der stillen Reserven: Systemkonsequenz.....	83
2. Stille Reserven werden anschließend nicht (in derselben Höhe) realisiert.....	87
a. Vereinfachung bzw. Praktikabilität.....	88
aa. Partielle Steuerfreistellung nur der offenen Reserven.....	90
bb. Volle Besteuerung des Veräußerungsgewinns.....	93
cc. Ermäßigter Steuersatz für Veräußerungsgewinne.....	98
b. Lenkungszweck: Auflösung der „Deutschland AG“.....	100
aa. Legitimer Zweck.....	101
bb. Geeignetheit.....	102
cc. Erforderlichkeit und Angemessenheit.....	104
III. Zwischenergebnis.....	106
C. Allgemeiner Gleichheitssatz bei der Veräußerungsgewinnbesteuerung von Einkommensteuersubjekten.....	107
I. Ungleichbehandlung von wesentlich Gleichen?.....	107
1. Abweichende Besteuerung der Gewinne aus der Veräußerung von Einzelunternehmen bzw. Mitunternehmeranteilen.....	107
2. Abweichende Besteuerung des Gewinns aus der Veräußerung eines Kapitalgesellschaftsanteils durch eine natürliche Person/Personengesellschaft.....	113
a. im Hinblick auf die hälftige Besteuerung des Veräußerungsgewinns.....	113
b. im Hinblick auf die unterschiedlichen Besteuerungszeitpunkte.....	116
II. Ergebnis.....	119

Teil 4: Verfassungsrechtliche Bewertung der Nichtabziehbarkeit von pauschalen

<u>Betriebsausgaben gem. § 8b Abs. 3 Satz 1 KStG.....</u>	121
A. Dogmatische Einordnung der „Pauschalierung“.....	121
I. § 8b Abs. 3 Satz 1 KStG als Abgeltung vormals nichtabziehbarer Betriebsausgaben?.....	122
1. Veräußerungskosten.....	123
2. Fremdfinanzierungskosten.....	124
a. Ausgaben und steuerfreie Einnahmen.....	126

b. Unmittelbarer wirtschaftlicher Zusammenhang.....	128
c. Zwischenergebnis.....	129
3. Verwaltungskosten.....	131
II. Auswirkungen auf anzulegenden Maßstab der Verfassungsmäßigkeitsprüfung...	132
III. Mehrfachbelastung als Folge der Anordnung einer Steuerpflicht.....	134
1. Doppelbelastung im Verhältnis von Gesellschaft und Anteilseigner.....	134
2. Mehrfachbelastung im Fall der Veräußerung.....	136
B. Vereinbarkeit der Mehrfachbelastung mit Verfassungsrecht.....	139
I. Art. 3 Abs. 1 GG.....	142
1. Ungleichbehandlung/Gleichbehandlung von wesentlich Gleichem/Ungleichem	142
a. Interpersonale Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit?.....	142
aa. Darstellung der vertretenen Ansichten.....	142
bb. Eigene Stellungnahme: Rechtliche oder wirtschaftliche Betrachtungsweise	144
(1) Anhaltspunkte in der Gesetzesbegründung zum StSenkG.....	146
(2) Systematik des Halbeinkünfteverfahrens.....	147
(3) Schlussfolgerung.....	149
b. Beeinträchtigung des Gleichheitssatzes wegen Systemwidrigkeit der Besteuerung	
im Halbeinkünfteverfahren.....	151
2. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung.....	153
a. Missbrauchsbegründung des Gesetzgebers.....	154
b. Vereinfachungsgedanke.....	159
c. Sicherstellung der Einmalbelastung mit Körperschaftsteuern.....	161
II. Freiheitsgrundrechte als Grenze der Besteuerung.....	165
1. Anzulegender Verfassungsmaßstab.....	166
a. Eingriff in den Schutzbereich.....	166
aa. Art. 14 Abs. 1 GG.....	166
bb. Art. 12 Abs. 1 GG.....	172
cc. Art. 9 Abs. 1 GG?.....	176
b. Fehlende Rechtfertigung in den Fällen der Übermaßbesteuerung.....	179
aa. Rechtfertigungsgründe des historischen Gesetzgebers.....	180
bb. Konfiskation.....	184
2. Keine Übermaßbesteuerung durch § 8b Abs. 3 Satz 1 KStG.....	186

C. § 8b Abs. 3 Satz 1 KStG und Verbot der Berücksichtigung von Gewinnminderungen.....	189
I. Verfassungsrechtliche Überprüfung des § 8b Abs. 3 Satz 3 KStG am Maßstab des Art. 3 Abs. 1 GG.....	190
1. Ungleichbehandlung von wesentlich Gleichen: Beeinträchtigung des objektiven Nettoprinzips.....	192
2. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung.....	194
a. unter Geltung der vollständigen Veräußerungsgewinnbefreiung.....	194
b. seit Erlass des Korb-II-Gesetzes.....	201
II. Auswirkungen der Verfassungswidrigkeit des § 8b Abs. 3 Satz 3 KStG auf Anwendungsfälle des § 8b Abs. 3 Satz 1 KStG.....	203
1. (Ungerechtfertigter) Verstoß gegen das Leistungsfähigkeitsprinzip in den Fällen der Veräußerung/Wertaufholung nach einer steuerunwirksamen Teilwertabschreibung.....	203
2. Handlungsmöglichkeiten des Gesetzgebers.....	206
<u>Teil 5: Fazit und Ausblick</u>	213
Literaturverzeichnis.....	217

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
Abs.	Absatz
a.F.	alte Fassung
AfA	Absetzung für Abnutzung
AG	Aktiengesellschaft oder Die Aktiengesellschaft (Zeitschrift)
AK	Alternativkommentar
AktG	Aktiengesetz
allg.	allgemein(e/er/es)
AO	Abgabenordnung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts (Zeitschrift)
Art.	Artikel
Az.	Aktenzeichen
BA	Betriebsausgaben
BayVBl	Bayerische Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
BB	Betriebs-Berater (Zeitschrift)
Bd.	Band
BFH	Bundesfinanzhof
BFHE	Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BFH/NV	Sammlung amtlich nicht veröffentlichter Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BR	Bundesrat
Bsp.	Beispiel
BStBl	Bundessteuerblatt
BT	Bundestag
Buchst.	Buchstabe
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
DBA	Doppelbesteuerungsabkommen
ders.	derselbe
d.h.	das heißt
dies.	dieselben
Diss.	Dissertation
D/J/P/W	Dötsch/Jost/Pung/Witt
DJT	Deutscher Juristentag

Dok.	Dokument
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
Drs.	Drucksache
DStJG	Veröffentlichungen der Deutschen Steuerjuristischen Gesellschaft e.V.
DStR	Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift)
DStZ	Deutsche Steuer-Zeitung (Zeitschrift)
dt.	deutsch(e/er/es)
DVB1	Deutsches Verwaltungsblatt (Zeitschrift)
E	Entwurf
ECOFIN	Economic and Financial Affairs Council
EFG	Entscheidungen der Finanzgerichte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften
Einf.	Einführung
EK	Eigenkapital
em.	emeritiert(e/er)
Est	Einkommensteuer
EStB	Der Ertragsteuerberater (Zeitschrift)
EStG	Einkommensteuergesetz
EStR	Einkommensteuer-Richtlinien
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGHE	Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofs
EURLUmGS	Gesetz zur Umsetzung von EU-Richtlinien in nationales Steuerrecht und zur Änderung weiterer steuerrechtlicher Vorschriften
f./ff.	folgende
FA	Finanzamt
FG	Finanzgericht
FinArch	Finanzarchiv (Zeitschrift)
Fn.	Fußnote
FR	Finanz-Rundschau (Zeitschrift)
FS	Festschrift
gem.	gemäß
GewSt	Gewerbesteuer
GewStG	Gewerbesteuergesetz
GewStR	Gewerbesteuer-Richtlinien
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH & Co. KG	Kommanditgesellschaft mit GmbH als Komplementär
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH-Rundschau (Zeitschrift)
GoB	Grundsatz/Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung
grds.	grundsätzlich
GrS	Großer Senat

Habil.	Habilitationsschrift
HFR	Höchstrichterliche Finanzrechtsprechung (Zeitschrift)
HGB	Handelsgesetzbuch
H/H/Sp	Hübschmann/Hepp/Spitaler (Kommentar)
HHR	Herrmann, Heuer, Raupach (Kommentar)
Hrsg.	Herausgeber
HS	Halbsatz
i.d.F.	in der Fassung
i.d.R.	in der Regel
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V.
i.H.v.	in Höhe von
INF	Die Information über Steuer und Wirtschaft bzw. Die Information für Steuerberater und Wirtschaftsprüfer (Zeitschrift)
i.S.d.	im Sinne des
IStR	Internationales Steuerrecht (Zeitschrift)
i.S.v.	im Sinne von
i.V.m.	in Verbindung mit
IWB	Internationale Wirtschaftsbriefe (Zeitschrift)
JbFSt	Jahrbuch der Fachanwälte für Steuerrecht
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JZ	Juristenzeitung (Zeitschrift)
KG	Kommanditgesellschaft
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KJ	Kritische Justiz (Zeitschrift)
K/S/M	Kirchhof/Söhn/Mellinghoff (Kommentar)
KSt	Körperschaftsteuer
KStG	Körperschaftsteuergesetz
KStR	Körperschaftsteuer-Richtlinien
MA	Musterabkommen
m.a.W.	mit anderen Worten
Mio.	Millionen
MPIFG	Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung
Mrd.	Milliarden
n.F.	neue Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
Nr.	Nummer
NuR	Natur und Recht (Zeitschrift)
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NWB	Neue Wirtschaftsbriefe (Zeitschrift)
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
OFD	Oberfinanzdirektion
OHG	Offene Handelsgesellschaft
ÖStZ	Österreichische Steuerzeitung (Zeitschrift)

Prot.	Protokoll
Rdnr.	Randnummer
RFH	Reichsfinanzhof
RFHE	Entscheidungen des Reichsfinanzhofs
RGBI	Reichsgesetzblatt
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft (Zeitschrift)
RStBl	Reichssteuerblatt
s.	Siehe
S.	Seite
SEStEG	Gesetz über steuerliche Maßnahmen zur Einführung der Europäischen Gesellschaft und zur Änderung weiterer steuerrechtlicher Vorschriften
sog.	so genannt(er/es/en)
SolZ	Solidaritätszuschlag
SolZG	Solidaritätszuschlagsgesetz
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StandOG	Standortsicherungsgesetz
StBereinG	Steuerbereinigungsgesetz
Stbg	Die Steuerberatung (Zeitschrift)
StbJb	Steuerberater-Jahrbuch
StBp	Die steuerliche Betriebsprüfung (Zeitschrift)
StEntlG	Steuerentlastungsgesetz
SteuerStud	Steuer und Studium (Zeitschrift)
StRO	Die Steuerrechtsordnung
StSenkG	Steuersenkungsgesetz
StuB	Steuer und Bilanzen (Zeitschrift)
StuW	Steuer und Wirtschaft (Zeitschrift)
StVj	Steuerliche Vierteljahresschrift (Zeitschrift)
u.	und
u.a.	unter anderem
UmwStG	Umwandlungssteuergesetz
UntStFG	Unternehmenssteuerfortentwicklungsgesetz
UStG	Umsatzsteuergesetz
usw.	und so weiter
v.a.	vor allem
vGA	verdeckte Gewinnausschüttung
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
v.H.	vom Hundert
Vorbem.	Vorbemerkung
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VZ	Veranlagungszeitraum
WPg	Die Wirtschaftsprüfung (Zeitschrift)
WSI-Mitteilungen	Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung

z.B.	zum Beispiel
ZfB	Zeitschrift für Betriebswirtschaft
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht und Insolvenzpraxis
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
z.T.	zum Teil
zugl.	zugleich